
Heiko Tornow: Vom Recht des Henkers auf einen sicheren Arbeitsplatz Anmerkungen zum Arbeiterbewußtsein

Heiko Tornow, geb. 1946 in Werl/Soest, nach beendigter Schulausbildung zunächst Matrose. Seit 1969 arbeitet er als Journalist, ist seit 1978 beim „Stern“ tätig und in der Redaktion zuständig für Gewerkschaften und Sozialpolitik.

Am Rande von Tarif verhandlungen, wenn die Tarif gegner hinter verschlossenen Türen verschwunden sind und die Zeit lang wird, hohnlächelt man unter Journalisten immer wieder über diese Klage eines Stuttgarter IG-Metall-Funktionärs: „Unsere Mitglieder sind im Betrieb revolutionäre Kommunisten, auf dem Heimweg brave Sozialdemokraten und daheim wählen sie den Späth und den Kohl.“ Ja, ja, so sind sie, die Arbeiter. Sind sie so?

Tatsächlich haben bei den Bundestagswahlen vor drei Jahren gut 40 Prozent der Arbeitnehmer CDU und Aufschwung gewollt und den versprochenen Sozialabbau in Kauf genommen. Eine qualifizierte Minderheit auch unter Gewerkschaftsmitgliedern hat die Wende gutgeheißen, Bafög-Kürzungen begrüßt und Kürzungen beim Arbeitslosengeld akzeptiert. Die Schnitte ins soziale Netz waren gar nicht so unpopulär. Selbst SPD-Anhänger sofften noch den Kakao, durch den man sie zog und vertraten die Ansicht, das mit dem Sozialstaat sei wohl etwas zu weit gegangen.

Seit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche und besonders seit dem Herbst 1985 muß die Regierungskoalition in Bonn feststellen, daß sie sich auf ihre abhängig beschäftigten Anhänger nicht immer verlassen kann. Gegen jeden guten Rat aus Kanzlermund, ohne Rücksicht auf die von den Arbeitgebern beschworene japanische Gefahr und trotz der Bestechungsversuche des Bundesarbeitsministers mit dem wohlfeilen Vorruhestandsangebot gab es 1984 bei der Urabstimmung eine satte Mehrheit der IG-Metaller in Hessen und Baden-Württemberg für die Wochenarbeitszeitverkürzung.

Im Frühjahr 1986 ist es für jeden christdemokratischen DGB-Gewerkschafter, der etwas auf sich hält, Ehrensache, gegen den Anschlag seiner Parteifreunde auf den Streikparagrafen 116 zu protestieren.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wählten Kohl. „Schwarze“ Kollegen, klassenbewußte CDU-Wähler, demonstrieren mit dem DGB. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Oder ist da überhaupt kein Widerspruch? Kann es sein, daß, entgegen der landläufigen Einschätzung, die Parteipräferenzen von Arbeitnehmern nur wenig mit ihrem gewerkschaftlichen Bewußtsein zu tun haben?

Die These scheint jedenfalls nicht gewagt: Gewerkschaftsmitglieder sind - wenn sie sich denn überhaupt zu solidarischem Handeln bewegen lassen -, unabhängig von ihrem parteipolitischen Standort, bereit, Arbeitnehmerinteressen offensiv zu vertreten. Wichtigste Bedingungen: sie müssen erkennen, daß es um ihre ureigensten Interessen geht.

Die vielbeschworene „Basis“ der Gewerkschaften ist nun einmal nicht so, wie man sie gern hätte. Sie ist nicht so „fortschrittlich“ wie in vielen Reden auf Gewerkschaftstagen behauptet und beschworen wird. Manche Berichte in linken und liberalen Zeitungen und Zeitschriften über die Konflikte der „fortschrittlichen Basis“ mit den konservativen Kräften unter den Funktionären sind genauso falsch wie die Einschätzung konservativer Blätter, die von der „sozialistischen Führung“ und den „ideologischen Funktionären“ schreiben, welche von einer „vernünftigen Mitgliedschaft“ gebremst werden müßten.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein

Es gibt die Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte, die für die Arbeitszeitverkürzung streikten und dennoch trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit auf Teufel komm raus Überstunden klopften. Im Arbeitskampf standen Drucker und Metaller für die IG Metall und die IG Druck ein. Es lag im Interesse der Mitglieder, daß die Gewerkschaft aus dieser Auseinandersetzung nicht geschwächt hervorging. Danach fanden die gleichen Mitglieder nichts dabei, die durch Aussperrung und Streik verursachten Einkommensverluste nach Feierabend und an den Wochenenden durch Sonderschichten wieder auszugleichen. Solidarität mit den Arbeitslosen war zwar gewerkschaftliche Parole im Kampf, aber sie erreichte das Bewußtsein der Mitglieder nur unzureichend.

Es gibt auch trotz aller internationalistischer Beschlüsse und Appelle die Werkskantinen mit Sondertischen für ausländische Kollegen. Man kennt die Bilder von Chemie-Facharbeitern, die sich am Rheinufer mit Greenpeace-Leuten prügeln, weil die es wagten, auf die Umweltsauereien ihrer multinationalen Arbeitgeber handfest aufmerksam zu machen. Es gibt die umweltbewußten Bergleute im Helmstedter Braunkohlerevier, die sich über die Dünn säureverklappung in der Nordsee aufregen und zugleich die Schwefelsäureemissionen ihres heimischen Kraftwerkes rechtfertigen. Und manch ein Gewerkschaftsvorsitzender vermag in solcher Haltung nicht einmal einen Widerspruch zu erkennen.

Eugen Loderer, der ehemalige Vorsitzende der IG Metall, berichtete einmal über ein auch in der IG Metall weit verbreitetes Beispiel solcher Bewußtseinspaltung. Er klagte - nicht öffentlich - über Betriebsräte aus der Rüstungsindustrie, die als Delegierte auf Gewerkschaftstagen der IG Metall den konsequenten Abrüstungsbeschlüssen zustimmten, aber anschließend von ihm verlangten, er möge sich beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt für den Export von Kampfpanzern an die Saudis einsetzen und für die Lieferung von

U-Booten und Fregatten an Chile und Argentinien stark machen. - Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Verständnis für den um (fast) jeden Preis an seinen Arbeitsplatz sich klammernden Menschen äußerte in einem „Stern“-Interview der DGB-Vorsitzende Ernst Breit. Auf die Frage, ob man denn nicht Front machen müsse gegen die Produktion von Waffen, Umweltgiften und sonstigen gesellschaftlichen Unsinnigkeiten und ob nicht die Gewerkschaften verpflichtet seien, von ihren Mitgliedern den Verzicht auf solche Arbeitsplätze zu leisten, meinte Breit: „Damit vergewaltigen Sie den Menschen, der da in Not ist und dem auch die Gewerkschaft keinen Arbeitsplatz bieten kann.“ „Stern“: „Mit diesem Argument hat ja auch der Henker für die Beibehaltung der Todesstrafe gefochten.“ Breit: „Wenn einer keine andere Arbeit angeboten bekommen hat, dann kann er sehr leicht in eine solche Lage geraten.“ („Stern“ Nr. 33/85).

Der DGB-Vorsitzende hat vielleicht recht. Arbeitnehmer können sich den Luxus einer widerspruchsfreien und fortschrittlichen Position oft nicht leisten. Warum sollte auch gerade in einer Zeit, in der beinahe in jeder Familie mindestens ein Angehöriger die bedrückende Erfahrung der Arbeitslosigkeit am eigenen Leib verspürt hat, gewerkschaftliches und politisches Engagement um sich greifen?

Eine der wichtigsten Untersuchungen zum Thema Arbeiterbewußtsein und Krise hat der ehemalige IG-Metall-Pressesprecher und heutige Professor für Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Rainer Zoll, mit einem Team von Wissenschaftlern der Bremer Universität erarbeitet. Im Abstand von zweieinhalb Jahren hatte Zoll zweimal denselben Personenkreis von 160 überwiegend gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern aus fünf norddeutschen Großbetrieben mehrere Stunden lang intensiv befragt. Dabei kam es nicht auf demoskopisch genaue Werte an, sondern auf die Erforschung typischer Denkstrukturen und „Deutungsmuster“.* Zoll wollte wissen, wie Männer und Frauen die Krise erleben, wie sie darauf reagieren und welche Forderungen sie an Staat, Gewerkschaft, Betriebsrat und Unternehmer stellen.

Schon nach der ersten Befragung war deutlich geworden, daß kaum mehr als ein Viertel der Mitglieder zu den standfesten und aktiven, den felsenfest überzeugten Gewerkschaftern zu zählen war. 30 Monate später - nach 30 Monaten mehr Erfahrung mit zunehmender Arbeitshetze, Bedrohung durch Rationalisierung, Werftenkrise und Strukturschwäche im norddeutschen Raum - war diese Gruppe noch kleiner und waren konservative bis rechtsradikale Tendenzen größer geworden.

Ein langjähriger Vertrauensmann der IG Metall vergleicht bei seiner Befragung das Bemühen, die Kollegen zum Widerstand gegen Entlassungen oder betriebliche Mißstände zu mobilisieren mit dem „fruchtlosen Versuch, einen

* Siehe Rainer Zoll (Hrsg.), „Die Arbeitslosen, die könnte ich alle erschießen - Arbeiter in der Wirtschaftskrise“, Köln (Bund-Verlag) 1984.

„Pudding an die Wand zu nageln“. Er hat inzwischen aufgegeben: „Ich habe die Nagelei satt.“

Zwar fand Zoll auch Arbeiter, die ihre zuvor reservierte Haltung gegenüber der Gewerkschaft überwunden hatten und kämpferischer wurden. Ihre Zahl fällt jedoch gegenüber der Masse der hoffnungslos Gewordenen kaum ins Gewicht. Erklärte ein Arbeiter der mittlerweile geschlossenen Bremer Werft „AG Weser“ beim ersten Interview noch seine Bereitschaft, sich an Streiks zu beteiligen, machte er 30 Monate später klar, er wolle „auch mal zurückstecken“.

Auch ein Automobilbauer, der sich zunächst nachdrücklich für die Notwendigkeit von Arbeitskämpfen eingesetzt hatte, wollte beim zweiten Gespräch überhaupt nicht mehr streiken. Die IG Metall war für ihn nur noch eine Interessenvertretung, ein Versicherungsverein, dessen Dienstleistung er sich durch Beiträge erkauft zu haben glaubt: „Dafür werden die ja bezahlt, die Burschen.“

Etwa 40 Prozent der Befragten denken ähnlich. Sie delegieren politisches Handeln an die Gewerkschaft und wollen möglichst nicht damit behelligt werden. 35 Prozent stehen noch zur Solidargemeinschaft der Gewerkschaft, nur 25 Prozent aber identifizieren sich eindeutig mit ihr.

Das Verhalten der Arbeiter erklären die Wissenschaftler mit unterschiedlichen Weltbildern, sogenannten „Deutungsmustern“, mit denen die Lohnabhängigen ihre Umwelt in Staat und Betrieb zu verstehen suchen. Die „klassenbewußten Arbeiter“ sehen im Unternehmer ihren Gegenspieler, dem soziale Fortschritte abgerungen werden müssen. Für eine kleinere Zahl von Interviewten gilt das Deutungsmuster „Unterwerfung“: Sie wollen Lohneinbußen hinnehmen, notfalls auch krank zur Arbeit erscheinen, „jede Drecksarbeit machen“ und vor den Vorgesetzten zu Kreuze kriechen, wenn denn dadurch der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Zehn Prozent gibt dem Staat die Alleinschuld an der Krise. Eine zu hohe Staatsverschuldung und vor allem die hohe Zahl der Ausländer sind für sie Ursache der Arbeitslosigkeit.

Die „Fatalisten“ machen rund ein Achtel der Befragten aus. Sie erwarten von niemandem Hilfe. „Still vor mich hin arbeiten“ und warten „bis ich dran bin“ - das ist ihre Devise. Bei einem Fünftel fand das Wissenschaftler-Team das „Sündenbock-Deutungsmuster“: Arbeitslosigkeit wird nicht als gesellschaftliches Problem erfahren, sondern als persönliche Schuld der Krisenopfer. Und wer schuldig ist, der muß auch bestraft werden: erwerbslose Ausländer sollen abgeschoben werden, arbeitslose Deutsche sollen „Primitivarbeiten ohne Lohn“ leisten und Frauen sollen am Herd bleiben.

Andere leugnen schlicht, daß es überhaupt eine Krise gibt. Selbst Arbeiter, die unmittelbar von der Entlassung bedroht sind, rechnen die über zwei Millionen Erwerbslosen kunstvoll auf Null herunter: die Frauen zählen nicht mit, die Ausländer ohnehin nicht, die Alten gehören nicht in die Kartei, die Zahl

der offenen Stellen wird extrem überschätzt und mit dem verbleibenden Rest dieser Kalkulation verrechnet.

Wie tief solche Überzeugungen verwurzelt sind, belegt die Äußerung eines Elektrikers, der zwischen dem ersten und dem zweiten Interview selbst arbeitslos geworden war. Sowohl vorher als auch nachher meinte er: „Ich kann hinhören wo ich will. Ich find keinen Arbeitslosen. Also, ich weiß gar nicht, was das für Menschen sind.“

So deprimierend solche Untersuchungsergebnisse auch sein können, ganz ohne Hoffnung läßt Zoll die Gewerkschaften nicht. Die Folgebereitschaft für große Streiks, bei denen gewerkschaftliche Unterstützungsleistungen gezahlt werden, ist nach seinen Feststellungen nach wie vor hoch. Eine gewerkschaftliche Strategie, die eine aktive Teilnahme von möglichst vielen Mitgliedern an tariflichen und betrieblichen Auseinandersetzungen sicherstellt, könnte den Demobilisierungstendenzen entgegenwirken.

Mehr Solidarität als Notwehr

Arbeitnehmer handeln auch in der Krise politisch fortschrittlich, sind fähig zur solidarischen Aktion, mobilisierbar für gewerkschaftliche Ziele, wenn sie erkennen, daß sie als Individuen vom persönlichen Einsatz profitieren. Die meisten betrieblichen Funktionäre erfahren dies Verhalten ihrer Kollegen, wenn es darum geht, sie für Lohnforderungen zu mobilisieren. Dabei gibt es nur selten Probleme. Wer für Bargeld kämpft, kann sich auch ohne Taschencomputer und ohne Wochenendseminar ausrechnen, daß sich das lohnt.

So war denn auch eines der wirksamsten Argumente der Gewerkschaften in der Mobilisierungsphase für die 35-Stunden-Woche der Hinweis auf die individuelle Nützlichkeit einer verkürzten Wochenarbeitszeit: mehr Freizeit, der eigene Arbeitsplatz wird sicher, Lohnausgleich verhindert den Verlust von Einkommen. Übergeordnete Gesichtspunkte wie der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Die im Vorfeld des Streiks veröffentlichten Meinungsumfragen, in denen es hieß, die Mitglieder der IG Metall seien gar nicht begeistert von der 35-Stunden-Woche, waren nicht alle manipuliert. Ich wage die Behauptung: Wäre es im April und Mai 1984 nur darum gegangen, für die Arbeitslosen zu streiken - die Urabstimmung wäre ein böser Reinfall geworden. Kampfbereitschaft zeigten die Mitglieder erst, als sie erkannten, daß Bundesregierung, Arbeitgeber und die Masse der Medien (Zeitungs- und Zeitschriftenverleger waren als Tarifvertragspartei der streikenden IG Druck Partei in der Auseinandersetzung - und ihre Redakteure verhalten sich in der Krise nicht weniger angepaßt, als die Masse der 160 in Bremen befragten Arbeiter der Metallindustrie) die günstige Gelegenheit wahrnehmen wollten, nicht nur die „dumme und törichte“ Forderung abzuschmettern, sondern gleich der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Gesamtmetall legte es denn auch bis zum Tag der Urabstimmung darauf an, die „ideologische Gewerkschaftsführung“ von der „vernünftig denkenden Mitgliedschaft“ zu isolieren. Diese Strategie war allzu durchsichtig. Die Metalller erkannten, daß es ihrer Gewerkschaft an den Kragen gehen sollte. Soviel Klassenbewußtsein haben die Mitglieder allemal, daß sie wissen: nur mit einer starken Gewerkschaft haben sie eine Chance, ihre Interessen wenigstens einigermaßen zu wahren. Eine IG Metall, die in einer so wichtigen Frage wie der Wochenarbeitszeitverkürzung von ihren Mitgliedern im Stich gelassen worden wäre, hätte künftig nur noch als Papiertiger Tarifverhandlungen führen können. Also stimmten die Mitglieder - im eigenen Interesse - für den Streik - trotz unpopulärer 35-Stunden-Woche. Das war weniger Solidarität mit Arbeitslosen, das war Notwehr.

Gut für die IG Metall, daß sich ihre Voraussagen hinsichtlich der Arbeitsplatzwirksamkeit der Wochenarbeitszeitverkürzung für viele Mitglieder sichtbar erfüllt haben. Vielleicht erwächst aus diesem Erfolgserlebnis bei dem einen oder anderen Metalller ein umfassenderes gewerkschaftliches Bewußtsein mit dem es sich auch kämpfen läßt, wenn der eigene Vorteil nicht sofort sichtbar ist. Vielleicht erkennen die vielen Sozialdemokraten in den Gewerkschaften aber auch, daß die CDU-Anhänger unter den organisierten Arbeitnehmern nicht in erster Linie nach ihrem Wahlverhalten zu beurteilen sind, sondern nach ihrer einheitsgewerkschaftlichen Kampfbereitschaft.